



## **Ewa Klamt MdB**

Aktuelles aus dem Deutschen Bundestag

**12. September 2011**

### **Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,**

im Deutschen Bundestag stand die erste Sitzungswoche nach der sitzungsfreien Sommerzeit ganz im Zeichen der Beratungen des Bundeshaushalts 2012. In seiner Rede vor dem Plenum warb Bundesfinanzminister Schäuble für die Sanierung der Staatsfinanzen. Ungeachtet der jüngsten Turbulenzen im Euroraum zeigte er sich zuversichtlich, dass auch bei einem derzeitigen Nachlassen des Wachstums grundsätzlich von einer positiven Wirtschaftsentwicklung ausgegangen werden könne.

Mit Spannung wurde mittwochs die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Euro-Rettungsschirm erwartet. Karlsruhe billigte in seinem Urteil die Rettung verschuldeter Euro-Länder, untersagte jedoch eine Transferunion im Sinne eines bundesstaatsähnlichen Finanzausgleichs in der EU.

Kanzlerin Angela Merkel sagte dazu in der Generaldebatte im Bundestag, damit sei in Karlsruhe ihre Politik für den Euro bestätigt worden. Die von der SPD befürwortete Einführung von Eurobonds sei jedoch mit dem Urteil faktisch ausgeschlossen. „Eurobonds sind die Vergemeinschaftung von Schulden“, so die Kanzlerin in ihrer Rede. Dies führe in eine Schuldenunion statt in eine Stabilitätsunion.

Damit steht fest, die SPD muss sich von ihrem Irrweg der geforderten Eurobonds verabschieden. Diese würden nicht nur den deutschen Staatshaushalt sondern auch jeden einzelnen Bürger in Zukunft bei einer Kreditaufnahme mit höheren Zinsen belasten.

*Ewa Klamt*

Ewa Klamt  
Mitglied des Deutschen Bundestages

### **Haushalt 2012 steht im Zeichen der Konsolidierung**

Die christlich-liberale Koalition hat in dieser Legislaturperiode eine Trendwende eingeleitet: Ein- und Ausgaben sollen einander wieder angenähert werden. Die neue Schuldenbremse im Grundgesetz, nach welcher nur maximal 0,35 Prozent des Bruttoinlandproduktes für Kredite aufgewendet werden darf, wird die hohe Staatsverschuldung endlich zurückführen.

### **Der größte Ausgabenposten...**

... ist nach wie vor der des Arbeits- und Sozialministeriums (126,446 Mrd.), gefolgt von Verteidigung (31,682 Mrd.) und Verkehr (25,36 Mrd.). Die Zinszahlungen für die bestehenden Schulden stellen ebenfalls einen erheblichen Posten mit knapp 40 Mrd. Euro dar. 2012 sollen ca. 30 Mrd. Euro netto neu an Krediten aufgenommen werden. Bis 2015 soll sich die Summe halbieren, um so für die Zukunft die Zinslast zu reduzieren und mehr Spielraum für notwendige Investitionen zu schaffen.

### **Bildung und Forschung**

In diesem Bereich wird die Bundesregierung zusätzliche 12,8 Milliarden Euro bis 2013 investieren. Insbesondere mit den drei großen Initiativen "Hochschulpakt 2020", "Exzellenzinitiative" und "Pakt für Forschung und Innovation" wird die deutsche Wissenschaft als zentraler Wachstumsfaktor - auch mit Blick auf den Fachkräftemangel - für die Herausforderungen der nächsten Jahre fit gemacht. Außerdem werden neue Studienplätze wegen der doppelten Abiturjahrgänge sowie der Aussetzung von Wehr- und Zivildienst geschaffen.

# Ewa Klamt MdB

Aktuelles aus dem Deutschen Bundestag

## Schuldenabbau

Mit dem Entwurf des Bundeshaushaltes 2012 beweist die christlich-liberale Koalition, dass sie die Haushaltskonsolidierung weiter vorantreibt. Beim Abbau der Neuverschuldung schreitet die Regierung mit großen Schritten voran. Die Nettokreditaufnahme liegt im Jahr 2012 mit 27,2 Mrd. Euro um rund 13 Mrd. Euro unter den Annahmen des bisherigen Finanzplans und um 4,3 Mrd. Euro unter den Eckwerten von März 2011. Dabei sind alle absehbaren Zusatzbelastungen wie die Kosten der Energiewende, ein steigendes Zinsniveau, die deutsche Beteiligung am Europäischen Stabilisierungsmechanismus und die Entscheidungen im Rahmen der Strukturreform der Bundeswehr bereits eingeplant.

Trotz der neuen Herausforderungen liegt die jahresdurchschnittliche Ausgabensteigerung in den Jahren 2011 bis 2015 mit 0,7 Prozent immer noch auf sehr niedrigem Niveau. In den Jahren 2012 bis 2014 unterschreitet die Neuverschuldung in der Summe den bislang geltenden Finanzrahmen um 25 Mrd. Euro. Dieser

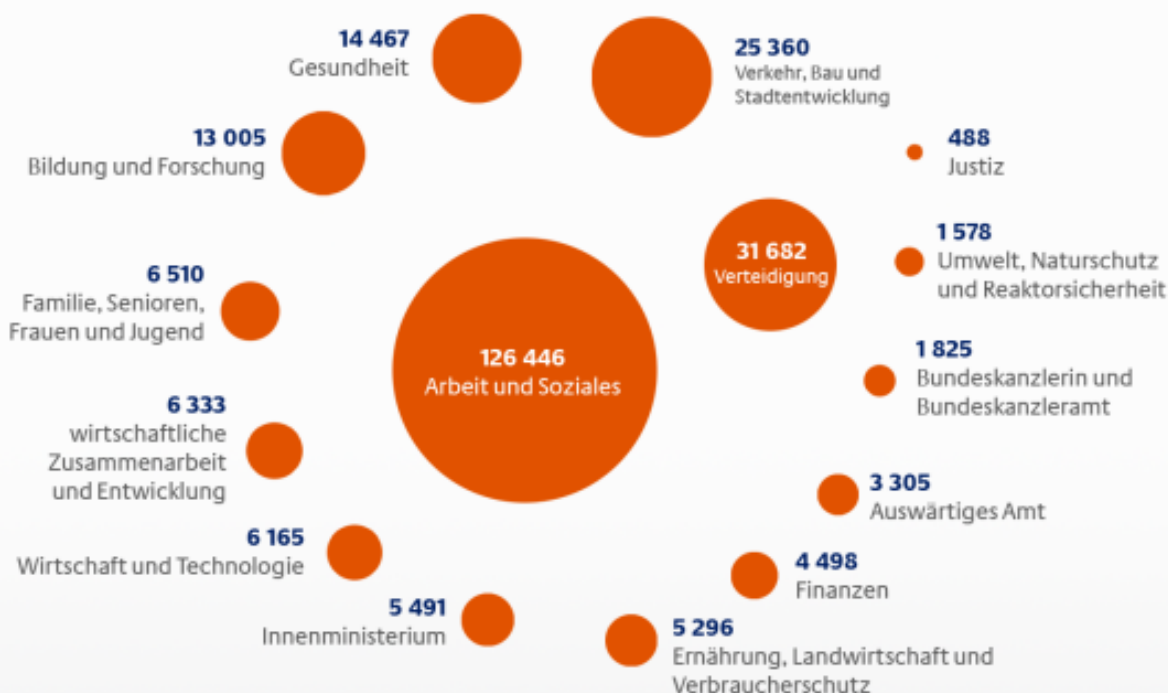
Erfolg ist insbesondere auf das im letzten Jahr geschnürte Zukunftspaket mit dem Haushaltsbegleitgesetz zurückzuführen, mit dem der Grundstein für die nachhaltige Konsolidierung des Bundeshaushalts zur Einhaltung der Schuldenregel gelegt worden ist. Auch spiegelt sich im Haushalt 2012 wider, dass die Koalition in der Finanz- und Wirtschaftskrise die richtigen Entscheidungen getroffen hat und Deutschland gestärkt aus der Krise herausgekommen ist.

Ziel ist es nun, ab 2016 einen nach den Regeln der Schuldenbremse ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Auf dem langen Weg dorthin ist der Bundeshaushalt 2012 dabei ein konsequenter Schritt.

Dies bildet auch die Voraussetzung für ein Umdenken und das Erreichen einer europaweiten Akzeptanz der Schuldenbremse. Deutschland ist hier ein wichtiges Vorbild, welchem Länder wie Italien und Spanien inzwischen folgen.

## Eckwerte für den Bundeshaushalt im Jahr 2012 (Bundesministerien und Bundeskanzleramt)

Alle Angaben in Mio. €



# Ewa Klamt MdB

Aktuelles aus dem Deutschen Bundestag

## Europäischer Rettungsschirm

In erster Lesung wurde in der zurückliegenden Woche das *Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM)* beraten.

### ESM, EFSM, EFSF - Wofür stehen all diese Begriffe?

#### Erste Maßnahme: Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM)

Der Europäische Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM) war der erste beschlossene Notfallfond in Höhe von 60 Milliarden Euro. Er kommt nur zum Einsatz, wenn der EU-Haushalt grünes Licht gibt. Ein Land in Not kann sich an die EU-Kommission wenden, die sich mit der Europäischen Zentralbank zusammensetzt und über einen Bedarf ermittelt. Bewilligt werden kann ein Sanierungsplan nur mit der Mehrheit der EU-Kommission. Wichtig zu wissen: Der deutsche Steuerzahler wird nur dann zur Kasse gebeten, wenn Kredite nicht zurückgezahlt werden.

#### Zweite Maßnahme: Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF)

Die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) wurde als Aktiengesellschaft am 7. Juni 2010 gegründet.

Die EFSF kann im Fall eines europäischen Krisenfalls Anleihen bis zu einem Wert von 440 Milliarden ausgeben, für den die Mitgliedstaaten haften. Diese Gelder werden in Form von Krediten an finanzschwache Staaten verliehen, die sich am Kapitalmarkt keine Kredite mehr leisten können. Bei der Kreditvergabe muss die Euro-Gruppe zustimmen.

Im Zuge der Auflösung des europäischen Rettungsschirms sollen Mitte 2013 die beiden oben genannten EFSM und EFSF abgelöst und stattdessen ein permanenter Krisenmechanismus, der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM), eingeführt werden.

Voraussichtlich am 29. September stimmt der Deutsche Bundestag in zweiter und dritter Le-

sung über den Entwurf des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) ab.

Die Annahme ist Voraussetzung, um die Beschlüsse zur *Ertüchtigung und weiteren Flexibilisierung des Rettungsschirms EFSF* der europäischen Staats- und Regierungschefs vom 11. März 2011 und 21. Juli 2011 in nationales Recht umzusetzen.

Hilfe wird es jedoch auch weiterhin nur bei Gefährdung der Finanzmarktstabilität der Eurozone insgesamt und nur im Gegenzug für ein striktes finanz- und wirtschaftspolitisches Reformprogramm der jeweiligen Staaten geben!

#### Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM)

Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) löst ab Juni 2013 den bestehenden Euro-Rettungsschirm ab. Auch er wird nur unter strikten Bedingungen eingesetzt, eine Beteiligung privater Gläubiger ist vorgesehen.

Der Schirm soll effektiv 500 Mrd. Euro zur Verfügung haben, um im Notfall ein tragfähiges Rettungsnetz aufspannen zu können.

Deutschland wird sich mit knapp 22 Mrd. auch an den 80 Mrd. umfassenden direkten Einlagen in den ESM beteiligen. Die Einzahlung erfolgt ab 2013 über mehrere Jahre, um die Belastung der öffentlichen Haushalte zu strecken.

Quelle: BMF



#### Bundesfinanzminister Dr. Schäuble begründet die Änderung des Euro-Rettungsschirms vor dem Parlament

Die Beteiligungsrechte des Parlaments wird die Koalition mit einem eigenen Änderungsantrag im Zuge der parlamentarischen Beratungen

# **Ewa Klamt MdB**

Aktuelles aus dem Deutschen Bundestag

gewährleisten. Der Fraktionsvorstand hatte in einer Klausurtagung bereits beschlossen, dass das Bundestagsplenium darüber entscheiden soll, ob ein verschuldetes Euro-Land in ein Hilfsprogramm aufgenommen wird. Für die bloße Anwendung der Instrumente und im Falle ihrer Veränderung würde die Zustimmung des Haushaltsausschusses ausreichen.

Ein Blick auf die Schweiz, die in der vergangenen Woche ihre Währung, den Schweizer Franken, an den Euro gekoppelt hat, beweist, dass sich Deutschland ohne die gemeinsame Währung des Euro oder die Integration in die Europäische Union in einer globalisierten Welt dauerhaft nicht behaupten kann. Allein China und Indien mit zusammen weit über 3 Mrd. Einwohnern werden zukünftig zunehmend an weltweitem Einfluss gewinnen. Nur im Verbund mit unseren europäischen Partnern werden wir uns auch künftig gegen diese starke Konkurrenz behaupten können.

## **Kontakt**

### **Berlin**

Ansprechpartnerin: Petra Kröber  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Tel: (030) 22772341  
Fax: (030) 22776067

### **Gifhorn**

Ansprechpartner: Timm Bußmann  
Steinweg 5, 38518 Gifhorn  
Tel: (05371) 728035  
Fax: (05371) 728036

### **Peine**

Ansprechpartnerin: Christine Heuer  
Freiligrathstr. 4, 31224 Peine  
Tel: (05171) 7902225  
Fax: (05171) 7902226



**CDU**